

## Wie Doppel-Asylbewerber echten Flüchtlingen die Plätze nehmen

Allein 43.000 in Griechenland anerkannte Asylbewerber leben in Deutschland. Die schon vor dem Ukraine-Krieg knappen Aufnahmekapazitäten würden von zehntausenden Menschen in Anspruch genommen, die bereits Schutz gefunden haben. Dabei geht es vor allem um Wohnungen.

In den Städten und Dörfern der Republik wird nach Wohnraum für hunderttausende Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine gesucht. Zwar ist die Hilfsbereitschaft der Bürger enorm, sie melden in großer Zahl freistehende Zimmer oder sonstigen Wohnraum für die Ukrainerinnen und ihre Kinder. Doch vielerorts ist man besorgt, ob dies lange anhält. Dabei wäre genug Platz vorhanden, würden unter anderem die abgelehnten und weiterhin geduldeten Asylanten endlich abgeschoben, was aber vielerorts nicht passiert.

## Sexuelle Gewalt in der Links-Partei

Und dass ausgerechnet bei der Partei der Gutmenschen. Die Vorwürfe bei den hessischen Linken ziehen weitere Kreise. Nach Angaben der Jugendorganisation der Partei steigt die Zahl der Betroffenen. Nach dem Bekanntwerden von Vorwürfen sexueller Übergriffe bei den hessischen Linken haben sich an die mit der Partei verbundene Linksjugend Solid weitere mutmaßlich Betroffene gewendet.

Solid-Bundessprecherin Sarah Dubiel sprach am Sonntag auf Anfrage von mehr als 20 weiteren Betroffenen aus mehreren Landesverbänden. Über die weiteren mutmaßlichen Fälle hatte zuvor „Spiegel Online“ berichtet.

„Der Spiegel“ hatte am Freitag mutmaßliche Fälle von sexualisierter Gewalt in der hessischen Linkspartei öffentlich gemacht. Es gebe verschiedene Dokumente mit Hinweisen auf „mutmaßliche Grenzüberschreitungen, Machtmissbrauch und eine toxische Machokultur“, schrieb das Nachrichtenmagazin nach Gesprächen mit zehn Frauen und Männern

## Linksextremisten unterwandern Demonstrationen gegen Krieg

Linksextremisten könnten nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg zu einem Sprachrohr russischer Propaganda auf Friedensdemos werden. Der Verfassungsschutz sehe die konkrete Gefahr, dass "russische Propaganda und Desinformation durch extremistische, darunter auch linksextremistische, Akteure weiterverbreitet wird", heißt es in einer Antwort des Innenministeriums, die der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart vorliegt.

Seit Kriegsbeginn unterwanderten Linksextremisten die Demonstrationen gegen den Krieg, so das Ministerium. Überwiegend solidarisiere sich die Szene dabei mit der Ukraine. Aber auch der Nato, den USA oder dem Westen werde immer wieder eine Verantwortung für den Krieg zugeschrieben.

## Wenn Kriminelle mit Flüchtlingsticket nach Deutschland kommen

Immer deutlicher wird, dass die Hilfsbereitschaft auch hier wieder hemmungslos ausgenutzt wird. So unter anderem in Berlin, aber auch quer durch die Republik. Im Streit um Sicherheitsüberprüfungen von Asylbewerbern und Ukraine-Flüchtlingen positioniert sich die Berliner Polizei deutlich und spricht von Sicherheitsbedenken. Allein im vergangenen Jahre habe man in der Hauptstadt 1500 Fahndungstreffer gelandet.

Die Berliner Polizei hat Sicherheitsbedenken beim vereinfachten Registrierungsprozess von sogenannten Schutzsuchenden aus der

Ukraine. Das geht aus einer Antwort der Die Behörde beruft sich dabei auf Erfahrungswerte und auf die Anzahl der Fahndungstreffer bei Asylbewerbern aus dem vergangenen Jahr.

Zwischen Polizei und Senatsverwaltung für Soziales war zuvor ein Streit entbrannt: Laut einer internen Mail hatte das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), das der Sozialverwaltung untersteht, der Berliner Polizei bereits am 13. Januar mitgeteilt, dass man künftig die Zusammenarbeit einstellen und auf die Sicherheitsüberprüfung von Asylbewerbern verzichten wolle. Bei Gewerkschaften und Kriminalbeamten sorgte das für Empörung. Kern der Auseinandersetzung

ist das sogenannte Fast-ID-Verfahren. Dabei werden Asylsuchenden Fingerabdrücke abgenommen und mit den Polizei-Datenbanken abgeglichen. So sollen in einer Minute etwa Angaben zur Identität überprüft und etwaige polizeiliche Erkenntnisse abgefragt werden. Laut Polizei landete die Berliner Behörde im vergangenen Jahr auf diese Weise bei mehr als 19.000 Antragstellern 1529 Fahndungstreffer. Das sei im Vergleich zum Vorjahr ein Anstieg um knapp 57 Prozent gewesen. Unter den Fahndungstreffern waren 158 Haftbefehle, 280 Abschiebungen und 700 Aufenthaltsermittlungen. Eine Person wurde auch wegen Totschlags im Ausland gesucht.

# Deutschland REP-ORT

Onlinezeitung der Republikaner

**DIE**  
**REPUBLIKANER** **REP**

## Bundeswehr: Wenn Jahrzehnte aufgeholt werden müssen

Anne Spiegel (Grüne) erhält nach ihrem Rücktritt als Bundesfamilienministerin ein Übergangsgeld. Wer das Kabinett verlässt, bekommt nach einem Tag Amtszeit als Ministerin 75.600 Euro Übergangsgeld. Diese Versorgung ist total überdimensioniert. Die Höhe des Übergangsgeldes ergibt sich aus Paragraph 14 des Bundesministergesetz. Laut verschiedener Pressestellen erhält Spiegel sogar 4,5 Monatsgehälter, nachdem sie seit Anfang Dezember das Familienministerium führte. Sie hatte am Montag „aufgrund politischen Drucks“ ihren Rücktritt erklärt.

Die 41-Jährige zog damit die Konsequenzen nach ihrem umstrittenen Frankreich-Urlaub, den sie als rheinland-pfälzische Umweltministerin im Sommer 2021 kurz nach der Flutkatastrophe an der Ahr angetreten hatte. Spiegel hatte ihren Rücktritt vom Amt der Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erklärt. „Ich habe mich heute aufgrund des politischen Drucks entschieden, das Amt der Bundesfamilienministerin zur Verfügung zu stellen. Ich tue dies, um Schaden vom Amt abzuwenden, das vor großen politischen Herausforderungen steht“, hatte die Grünen-Politikerin erklärt. Sie begründete ihre damalige Entscheidung unter anderem mit dem Gesundheitszustand ihres Mannes, der 2019 einen Schlaganfall erlitten habe. Auch die Belastung ihrer vier Kinder in der Corona-Pandemie führte Spiegel an. Ihre Familie habe den Urlaub gebraucht.

## Bundeswehr: Wenn Jahrzehnte aufgeholt werden müssen

Es wurde gespart und gespart, bis man festgestellt hat, dass die Bundeswehr ihren Auftrag kaum noch erfüllen kann. Dann folgte die späte Erkenntnis durch die Kriegslage in der Ukraine. Nach Berechnungen des Ifo-Instituts muss der Etat der Bundeswehr noch deutlich aufgestockt werden, um zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für die Verteidigung auszugeben. Jährlich müssten demnach 25 Milliarden Euro zusätzlich ausgegeben werden, wie das Institut mitteilte. Für 2022 seien rund 50,3 Milliarden Euro für die Verteidigung vorgesehen, dies entspreche 1,3 Prozent der Wirtschaftsleistung. Hinzu kommt das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro. Diese zusätzlichen Mittel seien zwar "gut und richtig", reichten jedoch "angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine und der Zeitenwende im Sicherheitsverständnis in Europa dauerhaft nicht aus", erklärte Ifo-Institut. So werde die nominelle Erhöhung des Wehretats von deutlichen 7,2 Prozent im Jahr 2022 fast vollständig von der Inflation aufgeessen. Gemessen an der Wirtschaftsleistung sinke der Wehretat selbst bei einer pessimistischen Konjunkturprognose. Die Zeiten der sogenannten Friedensdividende, in der niedrige Verteidigungsausgaben finanzielle Mittel für andere Projekte freimachten, sehen die Ifo-Forscher als beendet an. "Das einmalige Sondervermögen wird keinesfalls ausreichen, die entstandene Finanzierungslücke der vergangenen Jahre vollständig aufzufangen", wurde weiter mitgeteilt.

Zwischen 1992 und 2020 sei beispielsweise die Anzahl deutscher Kampfpanzer um 88 Prozent zurückgegangen, bei den Kampfflugzeugen und -hubschraubern waren es demnach 78 Prozent. Selbst wenn deutsches, französisches und britisches Militärgerät gebündelt wird, ist die Anzahl russischer beziehungsweise chinesischer Kampfpanzer um den Faktor fünf beziehungsweise acht höher", erklärte das Ifo-Institut weiter. Bei Kampfflugzeugen und -hubschraubern seien es doppelt beziehungsweise drei Mal so viele.

## ! Jetzt Republikaner werden !



Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer und besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zur zwingend notwendigen Veränderung leisten. Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Als Republikaner sind Sie Teil einer Oppositionsbewegung, die sich primär für die Interessen der eigenen Bevölkerung einsetzt und den Erhalt unserer Identität.

Hier gelangen Sie zum **Mitgliedsantrag** unserer Partei:  
<https://www.die-republikaner.net/mitglied-werden/>

WWW.REP.DE

## Jetzt informieren

- Ich habe Interesse an einer Infoveranstaltung
- Ich möchte Mitglied werden
- Ich bitte um weiteres Infomaterial

[www.rep.de](http://www.rep.de)
**DIE REPUBLIKANER**
**DIE REPUBLIKANER**  
**REP**

## VERANSTALTUNGSKALENDER

**Sehen Sie hier eine kleine Übersicht von Veranstaltungen, die nicht abschließend ist.**  
**Weitere Informationen erhalten Sie von den Landesverbänden**

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter: heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Verschiedene lokale Veranstaltungen. Weitere Informationen unter: 0725472375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter: 089/2158367.
- **Berchtesgaden:** Regelmäßige Stammtische: Infos unter: lgst@rep-bayern.de
- **Rosenheim:** Regelmäßige Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Rosenheim. Informationen unter: lgst@rep-bayern.de
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Infos unter: 01522-2624313.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Noffke, Bezirksvorsitzender u. Stadtrat: Tel.: 09191/31880.
- **Düsseldorf:** Informationsabend des REP-Kreisverbandes, jeder ersten Samstag im Monat, um 17.00 Uhr. Interessenten können Sie beim Kreisverband melden: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax: 0211-6022383.
- **Ruhrstammtisch:** abwechselnd in **Essen, Bochum, Gelsenkirchen**. Kontakt unter: kontakt@rep.nrw.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Dienstag im Monat, um 19.30 Uhr, in Porta Westfalica. Anfragen unter: kontakt@rep-nrw.de.
- **Kreis Hagen:** Monatlicher Infoabend des lokalen REP-Kreisverbandes. Informationen erhalten Sie unter: hagen@rep.de
- **Sachsen:** Monatliche Informationsveranstaltung. Infos unter: sachsen@rep.de

---

**BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER  
BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN**

---





# Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

**DIE REPUBLIKANER(REP)**  
 Postfach 140407  
 40074 Düsseldorf

# Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Tel. (0211) 995 487 94 • Fax (0211) 995 487 13 • bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl Wohnort

Telefon Telefax

E-Post

Konfession / Beruf / Tätigkeit Geburtsdatum

Frühere Parteimitgliedschaft in .../von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post  
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) Zahlungsart Zahlungsrhythmus Beitrag mind. **10.00 €** monatlich, bzw. **5 €** für Rentner, Azubis, Studenten und Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Überweisung  Lastschrift  jährlich  halbjährlich

## Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut BIC/Swift-Code

IBAN

Datum / Unterschrift

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
<b>Kreisverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	<b>Bezirksverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	<b>Landesverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	<b>Bundesverband</b> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.

Datenschutz und Verarbeitungshinweis: Bei den im Aufnahmeantrag genannten Pflichtangaben, die zum Nachweis und der Anerkennung einer Mitgliedschaft in der Partei DIE REPUBLIKANER (REP) notwendig sind, handelt es sich um besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 Datenschutz-Grundverordnung (politische Meinung, Religionszugehörigkeit). Diese Pflichtangaben werden gemäß Art. 9 Abs. 2 lit. d) Datenschutz-Grundverordnung auf der Grundlage geeigneter Garantien durch die Partei DIE REPUBLIKANER (REP) im Rahmen ihrer rechtmäßigen Tätigkeiten verarbeitet. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Informationen der Partei und für Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen genutzt werden. Der Versand der Einladung auf elektronischem Weg steht in diesem Fall dem Postweg gleich.